

Wahlkompass: Die Thüringer Parteien zum Thema Bildungspolitik

Im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen haben wir die Thüringer Landesverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, DIE LINKE und SPD sowie die Pressestelle des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) angeschrieben und ihnen angeboten, uns einige Kernfragen aus dem Bereich der Bildungspolitik zu beantworten. Zuarbeiten haben wir von drei der angefragten Parteien erhalten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP). Sie finden die Ergebnisse zusammengefasst in diesem Dokument.

Transparenzhinweis

Wir haben die AfD nicht angefragt. Uns sind alle Argumente, die für eine Einbeziehung dieser Partei sprechen, durchaus bekannt; und ja, die AfD ist im Rahmen des demokratischen Verfahrens gewählt worden. Allerdings hat der Vorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke, in der Vergangenheit mehrfach Äußerungen getätigt, die gegen den Gedanken einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstoßen. Wir hingegen fühlen uns derselben verpflichtet.

Weil wir als tlv nicht eine ganze Fraktion für die Aussagen eines Einzelnen verantwortlich machen wollten, haben wir im Februar 2020, kurz nach Björn Höckes Rede in Dresden und kurz vor den Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen des tlv, ein Schreiben an die AfD-Abgeordneten im Thüringer Landtag gesandt. Darin haben wir den Empfängern die Möglichkeit eingeräumt, sich schriftlich von einer Reihe besonders menschenverachtender Äußerungen ihres Fraktionsvorsitzenden zu distanzieren. Dies haben wir zur Voraussetzung für den weiteren Dialog zwischen dem tlv und den Mitgliedern der AfD Thüringen gemacht.

Bis zum heutigen Tag hat niemand von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Antwortgebende



Madeleine Henfling, Spitzenkandidatin



Christian Tischner, bildungspolitischer Sprecher



Franziska Baum, bildungspolitische Sprecherin

Bildungspolitik in Thüringen: Fragen an die Landesverbände der Parteien

1. Nach unseren Berechnungen fehlen derzeit mehr als 2000 Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen. Die Maßnahmen der letzten Jahre greifen allesamt nicht oder zu langsam. Welche konkreten Vorstellungen haben Sie für die Lösung dieses Problems?



Der Lehrkräftemangel ist eine der zentralen Herausforderungen für das Bildungssystem in Thüringen, aber auch deutschlandweit. Der von rot-rot-grün eingeschlagene Pfad der konsequenten Einstellung von Lehrkräften muss fortgesetzt werden, um nicht nur Abgänge auszugleichen, sondern wieder ein bilanzielles Plus bei den Lehrkräften zu erreichen. Dafür wollen wir Bündnisgrünen die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung erhöhen, Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge abbauen und Prozesse für die Einstellung neuer Lehrkräfte effizienter gestalten. Wir wollen die Studienberatung weiter ausbauen, um Studierende bei Bedarf auch während des Studiums enger zu begleiten und so die Abbruchquoten im Lehramtsstudium zu verringern. Auch den Vorbereitungsdienst und begleitende Mentoringprogramme wollen wir stärken, um im Übergang vom Referendariat zum Schuldienst weniger Fachkräfte zu verlieren. Außerdem braucht es aus unserer Sicht auch eine Reform der Lehramtsausbildung, die praxisorientierter gestaltet werden, mehr bildungswissenschaftliche Anteile enthalten und um wichtige Querschnittsthemen wie Medienbildung, politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung erweitert werden soll. Mit einer Umstellung auf eine stufenbezogene Lehramtsausbildung wollen wir die Einsatzmöglichkeiten von Lehrkräften flexibilisieren.

Ebenso braucht es eine attraktivere Gestaltung des Lehrer*innenberufs durch bessere Arbeitsbedingungen und kleinere Klassenstärken, um den Beruf für junge Menschen attraktiver zu machen und die bestehende Lehrer*innenschaft zu entlasten. Darüber hinaus setzen wir Bündnisgrünen uns für spezifische Maßnahmen wie die Integration multiprofessioneller Teams und pädagogischer Assistenzen ein, um die Lehrkräfte direkt zu entlasten und ihnen zu ermöglichen, sich besser auf ihre pädagogischen Aufgaben zu konzentrieren. Mit öffentlichen Wertschätzungskampagnen möchten wir auch weiterhin das gesellschaftliche Ansehen des Lehrer*innenberufs erhöhen.

Ein weiterer Punkt ist die konsequente Arbeitszeiterfassung und die Möglichkeit für individuellere Arbeitszeitgestaltung für Lehrkräfte. Wir setzen uns für flexiblere Arbeitszeitmodelle ein, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, etwa durch Teilzeitmöglichkeiten und Arbeitszeitkonten.

Um Seiteneinsteiger*innen beim Übergang in den Lehrer*innenberuf zu unterstützen oder auch Lehrkräfte mit ausländischem Berufsabschluss zu gewinnen, brauchen wir intensive Schulungs- und Fortbildungsprogramme, die auf die individuelle Person zugeschnitten sind. Diese sollen durch Mentoring und Begleitung durch erfahrene Lehrkräfte ergänzt werden. Außerdem möchten wir die Einstellungsverfahren für Seiteneinsteiger*innen flexibler gestalten.

Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, nicht nur kurzfristig den Lehrer*innenmangel zu beheben, sondern auch mittelfristig eine 110-prozentige Personalausstattung zu ermöglichen. Diese soll sicherstellen, dass Krankheitsausfälle, Fortbildungen und unbesetzte Stellen effizient ausgeglichen werden können. Zudem setzen wir uns für erhebliche Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen ein, um moderne Unterrichtsformen zu ermöglichen und so den Lehrkräften zusätzliche Unterstützung zu bieten.



Zunächst ist festzustellen, dass wir nach zehn Jahren Linke-Bildungspolitik insgesamt mehr Schüler, aber weniger Lehrer haben. Das führt dazu, dass jede zehnte Unterrichtsstunde ausfällt und im nächsten Schritt unsere Kinder in wichtigen Vergleichsstudien, etwa beim Lesen, zurückfallen. Ein Zustand, der untragbar für uns ist.

Wir wollen als CDU als allererstes die Einstellungsverfahren einfacher machen und vor allem beschleunigen, damit Thüringen im Wettbewerb um neue Lehrer attraktiver wird und Einstellungen schnellstmöglich durchgeführt werden. Das ist ein Hebel, den wir sofort umlegen wollen. Es kann nicht sein, dass ausgebildete Lehrer Thüringen verlassen, nur, weil sie hier zu lange auf ihre Anstellung warten. Mit einer Vorlaufzeit von drei Jahren sollen die Schulen Gewissheit erhalten, welche Lehrerstellen sie wiederbesetzen können, um frühzeitig Personal zu binden. Durch direkte Einstellungen, insbesondere von Lehramtsanwärtern, sollen Schulen vor Ort ihren Bedarf schnell und unkompliziert decken können.

Als CDU Thüringen sprechen wir zudem eine Übernahme-Garantie aus: Junge Lehrer, die in Thüringen ausgebildet wurden, sollen hier auch ein Job-Angebot bekommen. Damit bieten wir frühzeitig eine berufliche Zukunft in unserem Freistaat. Außerdem wollen wir die Lehrerausbildung an den Universitäten und Hochschulen weiterentwickeln, hier insbesondere Zulassungsbeschränkungen abschaffen, Studienplätze aufstocken und die Zahl der Studienabbrecher reduzieren. Wir werden ein eigenes Angebot für Lehramtsstudenten mit Fächern im MINT-Bereich schaffen. Fachspezifische Inhalte sollen dabei speziell für die Bedürfnisse der Zielgruppe der Lehramtsstudenten konzipiert und vermittelt werden.

Weiter wollen wir die Fachhochschulen künftig zu einem weiteren Baustein in der Lehrerausbildung befähigen. Dort wollen wir Berufsschullehrer und handwerkliche Fächer für das Regelschullehramt ausbilden. An der schulartbezogenen Ausbildung der Lehrer werden wir festhalten, damit sie bestmöglich auf die Anforderungen in den jeweiligen Schularten vorbereitet sind. Auch werden wir alle freiwerdenden Lehrerstellen wiederbesetzen und den Bedarf an steigende Schülerzahlen anpassen.



Wir Freie Demokraten wollen Ehrlichkeit walten lassen: Die personelle Lücke kann durch einen Aufwuchs an Studienplätzen nicht kurzfristig geschlossen werden. Zusätzlich müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Druck aus dem Schulsystem nehmen, indem sie sofort aktivierbare Personalressourcen erschließen. Wir wissen z. B. aus dem Deutschen Schulbarometer, dass viele Lehrkräfte bereit sind, mehr Zeit in die Arbeit am Schüler zu stecken, wenn sie dafür mit weniger Verwaltungsaufgaben belastet werden. Wir wollen ein Verwaltungsmoratorium verhängen und alle unterrichtsfremden, nicht notwendigen bürokratischen Pflichten für Lehrkräfte aussetzen. Der Fokus muss ganz auf der Unterrichtsvorbereitung und -erteilung liegen.

Lehrkräfte aus der Verwaltung müssen verstärkt an die Schulen zurückkehren und anderes Personal aus dem Bereich der Bildung (z. B. von Hochschulen) eine einfache Möglichkeit für den stundenweisen Einsatz an den Schulen erhalten.

Wir wollen in der Schulordnung mehr Freiräume für Schulleitungen schaffen, Stunden zeitlich und personell flexibler zu planen. Durch eine Ausweitung des Schulbudgets wollen wir es Schulen ermöglichen, auch Lernbegleiter und Schulassistenten auf Honorarbasis für die Betreuung in Fehlstunden einzustellen und/oder projektbasierten Unterricht in Kooperation mit externen Akteuren anzubieten.

2. Laut dem aktuell noch geltenden Koalitionsvertrag sollten an allen Schulen multiprofessionelle Teams eingesetzt werden. Die Versorgung mit Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen und auch Sonderpädagogischen Fachkräften ist jedoch nach wie vor unzureichend. Wie gewichten Sie dieses Problem und was planen Sie in dieser Hinsicht?



Für uns sind multiprofessionelle Teams an Schulen eine der wichtigsten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Lernorts Schule. Aus diesem Grund ist der aktuelle Versorgungsgrad mit Schulsozialarbeiter*innen nicht zufriedenstellend. Dennoch sind wir froh, dass es uns gelingen konnte, die Anzahl an Schulsozialarbeiter*innen von 270 im Jahr 2014 auf 500 im Jahr 2023 fast zu verdoppeln und damit rechnerisch an 53% der Schulen in Thüringen eine Stelle für Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Eine Erhöhung der Quote auf 75 % konnten wir aufgrund der fehlenden Mehrheit bei den Haushaltsverhandlungen nicht durchsetzen. Mit der Einführung von pädagogischen Assistenzen und Schulverwaltungsassistenzen sowie Modellversuchen mit sozialpädagogischem Teamteaching sind wir den Weg, mit verschiedenen Berufsgruppen den Herausforderungen des Bildungssystems gerecht zu werden, weitergegangen.

Wir wollen auch künftig Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten, Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf individueller fördern und für ein verbessertes soziales Klima an Schulen sorgen. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir auf verschiedene Maßnahmen zum Ausbau von multiprofessionellen Teams. Dazu gehören:

- **Sofortprogramm „Eigenständige Schule 2035“:** Dieses Programm soll den Schulen mehr eigenständige Entscheidungen über Personal und Ressourcen ermöglichen, einschließlich der gezielten Förderung und Finanzierung von Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und sonderpädagogischen Fachkräften.
- **Erhöhung der Anzahl und Verbesserung der Finanzierung:** Wir werden die Anzahl der Stellen für diese Fachkräfte deutlich erhöhen und deren Finanzierung sicherstellen, um eine flächendeckende Versorgung an allen Schulen zu gewährleisten.
- **Förderung der Zusammenarbeit:** Gemeinsame Fortbildungen und regelmäßige Teambesprechungen zur Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit, um die Bedürfnisse der Schüler*innen umfassend zu berücksichtigen.
- **Erweiterung der Angebote:** Qualitative Verbesserung der Unterstützungsangebote durch innovative Konzepte, die sowohl präventive als auch interventive Maßnahmen umfassen.
- **Management- und Führungskultur:** Um multiprofessionelle Teams effektiv zu integrieren, braucht es eine veränderte Führungs- und Managementkultur in den Schulen. Deshalb werden wir Fortbildungen für Schulleitungen anbieten, die sie darauf vorbereiten, diese Teams erfolgreich zu leiten und zu koordinieren.
- **Schulentwicklung:** Die Schulentwicklung muss multiprofessionelle Teams mitdenken. Das bedeutet, dass die Planung und Umsetzung von Schulentwicklungsmaßnahmen immer die Integration und Zusammenarbeit dieser Teams berücksichtigen muss.



Wir werden ein breites Spektrum von Fachkräften in das schulische Umfeld integrieren, um eine umfassende Betreuung und Förderung unserer Kinder zu garantieren. Hierzu gehören auch pädagogische und Schulverwaltungsassistenten. Durch die Zusammenarbeit verschiedener Professionen wollen wir die Bildungsqualität und die Betreuung

unserer Kinder verbessern. Auch planen wir multiprofessionelle Teams an allen Regelschulen zu verankern und an jeder Regelschule mindestens einen Schulsozialarbeiter einzusetzen.



Der Aufbau multiprofessioneller Kollegien ist unverzichtbar für eine Modernisierung des Schulsystems. Wir Freie Demokraten möchten die Schulen in die Lage versetzen, mit einem fachlich qualifizierten Kollegium bestmöglich auf die Bedarfe der Schüler einzugehen. Dazu braucht es die Möglichkeit, Personal eigenverantwortlich zu beschäftigen. Wir werden dafür selbstverwaltete Budgets einrichten und den Schulen rechtliche Möglichkeiten einräumen, jene Experten in ihr Kollegium einzubinden, die aus Sicht der Einzelschule benötigt werden.

3. Auch in puncto Digitalisierung gibt es noch viel Nachholbedarf. Vor allem die Versorgung der dazu berechtigten Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten weist Lücken auf – aber auch die Anbindung der Schulen an das (schnelle) Internet. Wo sehen Sie die Ursachen hierfür und wie lässt sich das lösen?



Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Ursachen für den aktuellen Nachholbedarf in mehreren Bereichen.

Erstens ist die digitale Infrastruktur vieler Schulen nicht ausreichend entwickelt. Schnelles Internet und eine stabile Netzwerkinfrastruktur sind grundlegende Voraussetzungen für einen modernen Unterricht, fehlen aber an vielen Schulen leider immer noch, obwohl es sich hierbei um eine Aufgabe des Schulträgers bzw. der Kommunen handelt. Zweitens mangelt es an der flächendeckenden Bereitstellung digitaler Endgeräte für Schüler*innen. Und drittens ist die Fortbildung der Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien und Plattformen oft noch unzureichend. Viele Lehrkräfte fühlen sich nicht ausreichend vorbereitet, digitale Unterrichtsmethoden effektiv einzusetzen.

Die Schule muss unsere Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Daher wollen wir Bedingungen dafür schaffen, dass der Lernort Schule vielfältig, kooperativ und digital aufgestellt wird. Der Digitalpakt 2.0, der ab 2025 starten soll, ist eine wichtige Grundlage, um diese Transformation voranzutreiben und den Schulen die notwendigen Ressourcen bereitzustellen.

Dazu gehört, dass digitale und datenschutzkonforme Lernmöglichkeiten und -angebote ausgebaut und die pädagogischen Inhalte entsprechend angepasst werden. Jedes Kind soll in der Schule mit einem digitalen Endgerät arbeiten können, um Zugang zu modernen Lernmethoden zu haben und sich optimal auf eine digitalisierte Welt vorzubereiten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Lehrer*innenbildung. Die Ausbildung und kontinuierliche Fortbildung der Lehrkräfte müssen auf die digitalen Herausforderungen ausgerichtet sein. Lehrkräfte sollen die nötigen Kompetenzen erwerben, um digitale Technologien effektiv im Unterricht einzusetzen. Dies erfordert eine stärkere landespolitische Verantwortung, um gezielte Investitionen in die digitale Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge zu tätigen. Anstatt eines pauschalen Smartphoneverbots setzen wir auf die demokratische Einbeziehung der Schüler*innen in die Gestaltung der Nutzungsregeln, um Eigenverantwortung und einen sinnvollen Umgang mit digitalen Geräten zu fördern. Die Thüringer Schulcloud soll weiterentwickelt werden, zum Beispiel durch die Integration eines

datenschutzkonformen Messengerdienstes und erweiterter Zugriffsmöglichkeiten für Kooperationspartner*innen der Schulen.

Auch die Kommunen als Schulträger spielen eine zentrale Rolle bei der Digitalisierung der Schulen. Wir wollen die Weiterentwicklung der kommunalen Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich fördern und finanzielle Unterstützung bei der Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen sowie bei der Beschaffung und dem Betrieb der notwendigen Hard- und Software bereitstellen. Eine einheitliche Schulverwaltungssoftware soll administrative Prozesse vereinfachen und digitalisieren, um den Lehrkräften mehr Zeit für ihre pädagogischen Aufgaben zu ermöglichen.

Durch diese Maßnahmen möchten wir sicherstellen, dass die Schulen in Thüringen nicht nur technisch auf dem neuesten Stand sind, sondern auch die pädagogischen Potenziale der Digitalisierung voll ausschöpfen können. Unser Ziel ist es, eine moderne und zukunftsfähige Bildungslandschaft zu schaffen, die allen Schüler*innen den bestmöglichen Zugang zu digitalen Lernmöglichkeiten bietet.



Mehrere Faktoren bilden ein komplexes Geflecht, das den zügigen Breitbandausbau an Thüringer Schulen behindert. Neben finanziellen Engpässen spielen technische Herausforderungen in älteren Gebäuden eine große Rolle. Auch bürokratische Hürden und Abstimmungsprobleme zwischen verschiedenen Behördenebenen verlangsamen den Prozess, der durch den Fachkräftemangel im IT-Bereich und die Konkurrenz um Ressourcen mit anderen schulischen Anforderungen noch verstärkt wird.

Um den Breitbandausbau für Bildungseinrichtungen zu beschleunigen, wollen wir eine Gigabit-Offensive starten. Dabei setzen wir insbesondere auf den schnelleren Ausbau der Glasfasertechnologie. Wir werden den Fokus auf eine koordinierende Funktion des Staates legen, um Mehrfachinvestitionen und paralleles Bauen zu vermeiden. Wo geförderter Ausbau notwendig ist, werden wir die Kommunen so unterstützen, dass die Fördergelder des Bundes vollständig ausgeschöpft werden können.

Außerdem werden wir ein Sonderprogramm „Digitale Schule“ auflegen, damit in Thüringer Schulen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik gelehrt und gelernt wird. Deshalb werden wir in diesem Bereich eine Investitions- und Digitalisierungsoffensive starten und dafür sorgen, dass Schüler ab der 5. Klasse entweder ein eigenes digitales Endgerät besitzen oder ein Leihgerät erhalten. Digitalunterricht soll den Präsenzunterricht und die Handschrift nicht ersetzen, sondern konstruktiv ergänzen. Bei Wartung und Administration werden wir die Schulen durch den Einsatz „digitaler Hausmeister“ unterstützen.



Wir Freie Demokraten sehen den Grund für die mangelnde Digitalisierung unserer Schulen insbesondere im Fehlen einer konkreten landesseitigen Strategie und der Verschleppung von Digitalisierungsprozessen aufgrund geteilter Zuständigkeiten. Wir werden einheitliche Standards für Medienkonzepte und digitale Infrastruktur auf Landesebene vorgeben. Damit digitale Ausbauverfahren nicht mehr auf den letzten Metern scheitern, wollen wir das Sachkostenbudget für Anschaffungen vom Schulträger auf die Schulen übertragen. Wir bekennen uns zum Ziel der digitalen Lernmittelfreiheit und wollen jedem Schüler Zugang zu einem digitalen Endgerät zu Bildungszwecken ermöglichen.

Für uns gilt dennoch: Open-Source und Systemvielfalt sind besser als Einheitslösungen ohne Berücksichtigung der Bedarfe vor Ort. Darüber hinaus muss das Land nicht nur Technik, sondern eine Kultur der Digitalität fördern, sodass Schulcloud, pädagogisch sinnvoller Fernunterricht oder KI-Tutoring fester Bestandteil der Unterrichtsgestaltung werden.

4. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, die Arbeitszeitmodelle flexibler zu gestalten: sowohl für Lehrerinnen und Lehrer, die bislang nur schwer in Teilzeit arbeiten können, als auch für Erzieherinnen und Erzieher, die mehr arbeiten möchten und für die es sicher genug zu tun gäbe. Wie stehen Sie zum Thema flexible Arbeitszeitgestaltung?



Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine flexible und individuelle Arbeitszeitgestaltung. Auch wenn Teilzeitarbeit von Lehrkräften eine besondere Herausforderung für die Unterrichtsabsicherung bei Lehrkräftemangel darstellt, ist es für uns wichtig, dass Lehrkräfte und Erzieher*innen die gleichen Rechte wie alle anderen Arbeitnehmer*innen in Anspruch nehmen können. Dies betrifft beide „Richtungen“, also sowohl die Reduktion von Stunden als auch die Möglichkeit für Erzieher*innen, in Vollzeit arbeiten zu können. Dazu gehört auch, dass in Thüringen endlich die Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften und anderem pädagogischem Personal eingeführt wird.

Wir sind der Meinung, dass zur Attraktivität eines Berufs auch die Gewährung flexibler Arbeitszeitmodelle gehört und es besser ist, Arbeit in Teilzeit zu ermöglichen, als dringend benötigte Fachkräfte zu verlieren, wenn ihnen dieser Wunsch verwehrt wird.



Generell streben wir eine Flexibilisierung der aktuellen Arbeitszeitgestaltung für Erzieher und Lehrkräfte an. Hierzu wollen wir die Rahmenbedingungen flexibilisieren und die Möglichkeit schaffen, individuelle Arbeitszeitkonten mit modernen Arbeitsbedingungen anzubieten.

Die Arbeit mit dem Kind steht für uns im Vordergrund. Bürokratie und Zettelwirtschaft werden wir reduzieren, das ist uns ein wesentliches Anliegen. Analog dazu wollen wir auch ein Modellprojekt umsetzen, welches es Lehrern ermöglicht, ihren Beschäftigungsumfang unter Berücksichtigung der individuellen Erfordernisse an den Schulen anzupassen. Für Lehrkräfte, die ihr 60. Lebensjahr vollendet haben, wollen wir die Teilzeitgewährung bedarfsorientierter erleichtern sowie die allgemeinen Rahmenbedingungen verbessern, um eine möglichst hohe Anzahl an Lehrern bis zum Eintritt in den Ruhestand und ggf. darüber hinaus im aktiven Schuldienst zu halten.



Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für die Arbeit im Kollegium und vor der Klasse neu strukturieren. Wir wollen den Arbeitsaufwand realistischer abbilden, indem wir Arbeitszeiten näherungsweise am tatsächlichen Arbeitsumfang abbilden. Leistung, Fleiß und Mehrarbeit müssen auch im Lehrerzimmer belohnt werden.

Wir wollen grundsätzlich Wahlfreiheit zwischen Verbeamtung mit entsprechender Sicherheit und angestellter Beschäftigung mit einem größeren Gehaltsspielraum schaffen. Prozesse der Arbeitsplanung und Schulorganisation wollen wir noch stärker den Einzelschulen überlassen. Langfristig sollen an den Schulen Arbeitsplätze für Lehrkräfte mitgedacht werden, damit eine Trennung von Arbeits- und Privatleben besser möglich ist und die Abstimmung untereinander

verbessert wird.

5. Wir als tlw halten den grundständig ausgebildeten Lehrer (bzw. Lehrerin) nach wie vor für das Optimum. Aber aufgrund des Personalmangels sind die Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger derzeit eine unverzichtbare Stütze für die Schulen. Was sind Ihre Pläne in Bezug auf diese besondere Gruppe?



Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten grundständig ausgebildete Lehrer*innen für unverzichtbare Fachkräfte in der Schule. Doch die Schule, wie wir sie kennen, verändert sich. Immer neue Herausforderungen im Bildungssystem führen zu stetigen Veränderungen bei Berufsgruppen, die an den Schulen tätig sind, genauso wie den „Berufsbiografien“ des pädagogischen Personals. Seiteneinsteiger*innen gelten dabei gemeinhin als Ergänzung, um kurzfristig den Bedarf zu decken und die Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können. Sie sind jedoch auch ein Ausdruck flexiblerer, bunterer Berufsbiografien, die auch bei Schulen in beide Richtungen stattfindet – als Neuorientierung von Lehrkräften in anderen Arbeitsfeldern und eben auch als Seiteneinsteiger*innen in den Lehrer*innenberuf. Wir Bündnisgrünen sehen das auch als Chance, andere fachliche Perspektiven und Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen Professionen in Schulen zu bringen. Daher setzen wir uns dafür ein, die Integration von Seiteneinsteiger*innen systematisch und nachhaltig zu gestalten, um ihre Potenziale bestmöglich zu nutzen.

Für uns ist die umfassende Qualifizierung und fortlaufende Unterstützung der Seiteneinsteiger*innen von enormer Bedeutung. Intensive Schulungs- und Fortbildungsprogramme sind unerlässlich, um diese auf die speziellen Anforderungen des Lehrer*innenberufs vorzubereiten. Diese Programme müssen individuell zugeschnitten sein, um den unterschiedlichen Vorkenntnissen und Erfahrungen der Seiteneinsteiger*innen gerecht zu werden.

Seiteneinsteiger*innen sollen in ihrem Berufseinstieg nicht alleingelassen werden, sondern durch gezieltes Mentoring Unterstützung und Orientierung erhalten. Erfahrene Lehrkräfte können wertvolle Hilfestellungen bieten, als Ansprechpartner*innen für fachliche und didaktische Fragen fungieren oder den Einstieg in den eigenständigen Unterricht als Tandempartner*in begleiten. Für dieses Mentoring-Programm wollen wir wie bisher Lehrkräfte gewinnen, die sonst in den Ruhestand gehen würden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Flexibilisierung der Einstellungsverfahren für Seiteneinsteiger*innen. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen und die Prozesse so gestalten, dass qualifizierte Kandidat*innen schneller und effizienter in den Schuldienst übernommen werden können. Dabei ist es jedoch entscheidend, die Qualität der Nachqualifizierung nicht zu vernachlässigen und sicherzustellen, dass Seiteneinsteiger*innen die notwendigen pädagogischen Kompetenzen erwerben. Dafür möchten wir ein gemeinsames und gut abgestimmtes Angebot der Thüringer Hochschulen und des Staatlichen Studienseminars für Lehrer*innenausbildung schaffen, das den Bedürfnissen der Seiteneinsteiger*innen gerecht wird.

Auch wenn es keine Seiteneinsteiger*innen im eigentlichen Sinne sind, ist es aus bündnisgrüner Sicht ebenso wichtig, Lehrkräfte mit ausländischen Berufsabschlüssen für den Schuldienst zu gewinnen. Dabei sind für uns die oben genannten Maßnahmen grundsätzlich ebenso für diese Gruppe geeignet, brauchen jedoch einen anderen Fokus. Hier setzen wir auf schnelle Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Abschaffung von hinderlichen Arbeitsverboten und eine gezielte Beratung von Migrant*innen.

Langfristig streben wir eine 110-prozentige Personalausstattung an, um Krankheitsausfälle, Fortbildungen und unbesetzte Stellen effizient ausgleichen zu können. Dies schafft nicht nur Stabilität im Schulalltag, sondern ermöglicht es auch, Seiteneinsteiger*innen gezielt und nachhaltig zu integrieren, ohne die Qualität des Unterrichts zu beeinträchtigen.



Seiteneinsteiger sind mittlerweile eine unverzichtbare Ressource zur täglichen Unterrichtsabsicherung und für das gesamte Schulsystem. Der Anteil von 28% aller eingestellten Lehrkräfte im Schuljahr 2023/24 zeigt dies sehr deutlich. Wir werden durch eine Reform der Struktur von Aus- und Weiterbildung dafür sorgen, dass sie gute berufliche Perspektiven im Schuldienst haben. Dabei soll das bisher zu langwierige Bewerbungsverfahren einfacher gestaltet werden. Seiteneinsteiger müssen von Beginn an wissen, welche Aufgaben auf sie zukommen. Mit einer mindestens dreimonatigen Vorbereitungsphase sollen Grundlagen und Pädagogik vermittelt werden.



Wir Freie Demokraten begrüßen es, dass mit dem Seiteneinstieg viele motivierte Fachkräfte gewonnen werden können. Es muss Ziel sein, diese in den Schulen zu halten und über Flexibilisierung des Systems der Lehreraus- und -weiterbildung zu grundständig ausgebildeten Lehrern zu entwickeln. Wir fordern die Einführung eines berufs begleitenden Aufstiegsstudiums, welches bereits vor dem Einstieg an der Schule absolviert werden kann und das notwendige Rüstzeug bietet. Sie sollen stufenweise in die Unterrichtstätigkeit einsteigen und konkrete Handreichungen und Ansprechpartner für das Onboarding an der Schule erhalten. Langfristig wollen wir den Seiteneinstieg und den Vorbereitungsdienst zusammenführen und so ein einfaches, transparentes und zugängliches System für den Einstieg in den Lehrberuf schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass die Vielfältigkeit der Lebensentwürfe eine Bereicherung für die Schule ist. Es gilt, diese mit entsprechender Methodenkenntnis und pädagogischem Fachwissen anzureichern. Eine permanente Fortbildungspflicht halten wir auch bei grundständig ausgebildeten Lehrkräften für weiterhin erforderlich und ausbaufähig.

6. „Mangelnde Wertschätzung“ ist etwas, worüber sich Kolleginnen und Kollegen immer wieder beklagen. Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, dass sich alle in den Schulen Beschäftigten besser fühlen?



Ein positives Arbeitsklima und die Anerkennung der geleisteten Arbeit sind essenziell für die Motivation und Zufriedenheit der Lehrkräfte sowie des gesamten schulischen Personals. Um die Wertschätzung für alle in den Schulen Beschäftigten zu erhöhen, setzen wir auf eine Vielzahl von Maßnahmen:

Ein wichtiger Schritt ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehören die Reduktion von Bürokratie und die Entlastung der Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben. Lehrkräfte sollten sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, ohne durch administrative Tätigkeiten übermäßig belastet zu werden. Denn dadurch schaffen wir nicht nur ein angenehmeres Arbeitsumfeld, sondern erhöhen auch die Effizienz und Qualität der Bildungsarbeit. Daher setzen wir uns für die Integration multiprofessioneller Teams und pädagogischer Assistenzen im Schulalltag ein. Entlastung ist die beste Wertschätzung, die Lehrer*innen bekommen können.

Öffentliche Wertschätzungskampagnen sind ein weiterer Baustein, um das gesellschaftliche Ansehen des Lehrer*innenberufs zu erhöhen. Durch gezielte Kampagnen wie die Kampagne

„Erste Reihe“ möchten wir das Bewusstsein für die wichtige Rolle der Lehrkräfte und des Schulpersonals in der Gesellschaft stärken und ihre Leistungen sichtbar machen.

Kontinuierliche berufliche Entwicklung und Fortbildungsmöglichkeiten sind ebenfalls entscheidend. Wir wollen sicherstellen, dass alle Beschäftigten Zugang zu hochwertigen Fortbildungsangeboten haben, die es ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse regelmäßig zu erweitern und sich weiterzuentwickeln. Das fördert nicht nur die individuelle Zufriedenheit, sondern auch die Innovationsfähigkeit und Qualität der Schulen insgesamt.

Ein weiterer Punkt ist die konsequente Arbeitszeiterfassung und die Möglichkeit für individuellere Arbeitszeitgestaltung für Lehrkräfte. Wir setzen uns für flexiblere Arbeitszeitmodelle ein, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, etwa durch Teilzeitmöglichkeiten und Arbeitszeitkonten. Solche Modelle bieten die Möglichkeit, die Arbeitszeit flexibler an die individuellen Bedürfnisse anzupassen und Überstunden sinnvoll abzubauen.



Qualifizierte und motivierte Lehrer sind der Schlüssel für eine gute Schule. Thüringen steht mit anderen Bundesländern und vor allem mit der Wirtschaft im Wettbewerb um geeigneten Nachwuchs für den Schuldienst. Wir werden ein rechtssicheres Aufstiegs-, Zulagen- und Beförderungssystem einführen, das Engagement belohnt und damit Leistungsanreize schafft. Das von der CDU durchgesetzte Zulagensystem für Lehrkräfte in Mangelfächern und im ländlichen Raum werden wir weiterentwickeln. Außerdem werden wir das Laufbahnrecht flexibilisieren, um Gymnasiallehrern unkompliziert den Einsatz an Regelschulen und umgekehrt zu ermöglichen. Die Benachteiligung von Fachpraxislehrern werden wir beenden und eine angemessene Bezahlung sicherstellen.



Die letzten Jahre haben allen Akteuren im Bildungssystem enorme Leistung abverlangt. Inklusion, Integration, pandemiebedingte Schulschließungen, Lerndefizite und Personalmangel gehen nicht spurlos an den Lehrerzimmern vorbei. Die Lehrkräfte erwarten zurecht, dass die Politik sie bestmöglich unterstützt, indem sie bei der Berufsausübung möglichst wenige Steine in den Weg legt und ein handlungsfähiges Unterstützungssystem rund um Schule fördert. Dafür benötigt es aus Sicht der Freien Demokraten dringend eine Strukturreform zu mehr Eigenverantwortung. Dort, wo Schulen Entscheidungen, die sie selbst betreffen, auch selbst treffen können, entsteht weniger Frust über unkooperative Schulträger oder die langsame Ministerialverwaltung.

Aus bundesweiten Befragungen wissen wir, dass Schulleiter und Lehrkräfte Praxisnähe in der Bildungspolitik vermissen. Wir müssen deshalb immer ein offenes Ohr für Hinweise und Sorgen aus den Kollegien haben. Wenn sich politische Vorhaben wie etwa das automatische Aufrücken oder die Sonderzulage für Mängelregionen in der Praxis nicht bewähren, muss Politik in der Lage sein, gegenzusteuern.

Darüber hinaus wollen wir daran mitwirken, dass auch die gesellschaftliche Anerkennung von Lehrkräften spürbarer wird. Dafür brauchen Lehrkräfte Rückendeckung für ihre Entscheidungen sowie Hilfe, wenn Auseinandersetzungen mit Eltern das zu ertragende Maß überschreiten.